

Ein Zeichen gegen Rechts

In Ranstadt stellen sich die Parteien im Parlament und Bürgermeisterin Reichert-Dietzel gegen Wahlkampfaktionen der NPD

RANSTADT (red). In einer gemeinsamen Erklärung beziehen die in Ranstadts Parlament vertretenen Parteien Grüne, Freie Wähler, CDU und SPD zusammen mit Bürgermeisterin Cäcilia Reichert-Dietzel Stellung gegen die Plakataktion der NPD in der Gemeinde im Vorfeld der Kommunalwahl.

„Die NPD gehört nicht zu Ranstadt. Wir verurteilen gemeinsam die abscheuliche Botschaft der NPD auf Plakaten, Aufrufen und Veranstaltungen unter dem Titel ‚Migration tötet‘“, heißt es in der Erklärung. Grüne, Freie Wähler, Christdemokraten und Sozialdemokraten stellten sich seit Jahren gegen die Kampagnen und die verhetzende Werbung der NPD und hätten das Handeln der Bürgermeisterin immer unterstützt. Den Vertretern der politischen Parteien in Ranstadt sei es wichtig, hier Position zu beziehen. Man wolle keine Form von Instrumentalisierung, keine Hetze und keine Provokationen, sondern ein fried-

liches Leben. Vor Ort lebe man Vielfalt und Miteinander auf der Straße, in Schulen und Vereinen. Jeder, der in der Gemeinschaft vor Ort friedlich mitmachen wolle, sei herzlich willkommen. Stänkerei, Missgunst und falsche Verdächtigungen hätten hingegen keinen Platz.

Kurz nach Bekanntwerden der aus ihrer Sicht „erneuten skandalösen Entscheidung“ des Verwaltungsgerichts Gießen zur Genehmigung einer Mahnwache der NPD habe die Bürgermeisterin den Wetteraukreis als zuständige Behörde aufgefordert, Beschwerde gegen die Entscheidung des Gerichts einzulegen. Mit dieser Entscheidung sei von der Gemeinde verlangt worden, eine Veranstaltung auf dem Rathausplatz Ranstadt unter dem Motto „Migration tötet“ zu dulden. „Dies ist für uns Ranstädter nur schwer zu ertragen“, heißt es in der Erklärung. Noch nie habe eine der Parteien den Rathausvorplatz für

parteipolitische Agitation missbraucht. Hier fänden parteiübergreifende Veranstaltungen, Empfänge für die europäische Völkerverständigung und gemeindliche Feste, wie der Weihnachtsmarkt, statt. Dieser Platz sei für die Ranstädter ein „heiliger Boden“ und dürfe nicht beschädigt werden. Daher seien alle rechtlichen Wege an dieser Stelle zu nutzen, um eine Mahnwache unter einem volksverhetzenden Tenor zu verhindern. Die Haltung der NPD müsse unmissverständlich entlarvt werden. In der Gemeinde lebten Migranten, sie arbeiteten, engagierten sich in Vereinen und seien Teil der Gesellschaft. Diese würden durch die NPD-Aussagen bedroht. Mit deren Verbreitung werde behauptet, dass deren schlichte Anwesenheit „töte“. Dies ist in den Augen der Unterstützer der Erklärung Volksverhetzung.

Dass dazu noch der schlimme, tragische Tod eines jungen Mannes aus der Region instrumentalisiert werde, sei res-

pektlos und unwürdig. Mitten in die Trauerarbeit der in der Region betroffenen Schüler und Lehrer, vieler Eltern und betroffener Bürger, platze die NPD mit einer geschmacklosen Form von Wahlwerbung. Dagegen hätten sich Schüler, Lehrer, Kommunalpolitik und mutige Bürger jüngst wehrhaft gezeigt. Die NPD habe ihr Ziel nicht erreicht und die Veranstaltung kurz vor Beginn abgesagt.

Auch bei den Plakaten zur Kommunalwahl hat Cäcilia Reichert-Dietzel bereits erneuten Widerstand angekündigt: „Ich werde alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass Plakate mit volksverhetzendem Charakter in Ranstadt hängen. Für mich ist und bleibt es dabei: Mit der Botschaft ‚Migration tötet‘ hetzt man das Volk gegeneinander auf. Das ist ein Straftatbestand. Das darf in unserem Land nicht geduldet werden. Wo soll das hinführen, wenn wir dies ignorieren?“